



## Yvonne Feri Ihre Nationalrätin Ihre Stimme



Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Bern, 28. September 2018

### **Bericht aus der Session – Nummer 28 Rückblick auf die Herbstsession**

Geschätzte Damen und Herren,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Nach einem langen sonnigen Sommer färben sich draussen die Blätter und wir realisieren, dass es bereits Herbst ist. Vom 10. bis 28. September fand auch bereits die Herbstsession statt. Es gab einige wichtige Momente, wie Rücktritte aus dem Bundesrat oder die Nomination für den Ständerat innerhalb der SP Aargau.

Nach der Demonstration gegen Lohnungleichheit und Diskriminierung vor wenigen Tagen in Bern, möchte ich die Beratung zum **Gleichstellungsgesetz** vom 24. September an den Anfang dieses Sessionsberichtes stellen. Ein Thema, das 20'000 Demonstrationsteilnehmende mobilisiert, verdient es, hervorgehoben zu werden. Der Nationalrat befürwortet endlich Massnahmen gegen Lohndiskriminierung. Mit 107 zu 85 Stimmen trat der Rat auf die Gesetzesvorlage ein, welche verlangt, dass grosse Unternehmen prüfen müssen, ob sie Frauen und Männern für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn zahlen. Die Gleichstellung der Geschlechter ist seit 1981, also seit bald 40 Jahren, in der Bundesverfassung verankert. Es ist an der Zeit, dass wir verbindlich regeln, was sich ohne aktives Zutun und durch Freiwilligkeit offenbar nicht anpasst. Die SP setzt sich deshalb für bindende Massnahmen und Sanktionen gegen Firmen ein, die sich weigern, die Gleichheit zwischen Mann und Frau umzusetzen. Und ich gehe mit der Aussage der SP einig, dass hier eine zahnlose Vorlage weiter verschlechtert wurde. Nun hoffe ich auf den Ständerat, der das ganze nochmals verbessern kann. Leider habe ich wenig Hoffnung.

Weiter erhielt auch die **dringliche Debatte zur Rüstungsindustrie und den Waffenexporten** grosse Aufmerksamkeit. Eine BDP-Motion verlangt, dass zukünftig das Parlament über Export von Kriegsmaterial entscheidet. Diese Motion wurde vom Nationalrat mit 97 zu 82 Stimmen angenommen. Jetzt fehlt noch die Zustimmung des Ständerates. Mit einer Annahme hätte die Bevölkerung zukünftig die Möglichkeit eines Referendums.



Einer meiner politischen Schwerpunkte ist seit jeher der Schutz von Minderheiten und Schwachen. Deshalb freut es mich besonders, dass der Ständerat, entgegen dem Antrag des Bundesrates, der Verlängerung der **Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung** zugestimmt hat. Dies ist ein wesentlicher Beitrag dazu, das Armutsrisiko von Kindern zu vermindern und die Chancengerechtigkeit zu erhöhen. In der Schweiz sind – gemäss Caritas – rund eine Viertel Million Kinder armutsbetroffen oder armutsgefährdet... [mich interessiert mehr](#)

Zum Schluss noch etwas Erfreuliches. Der Bundesrat hat in Erfüllung meines [Postulats 15.3408](#) im Juli den [Bericht](#) «Praxis der Regelung des Aufenthaltsrechts von ausländischen Personen, die von ehelicher Gewalt betroffen sind» verabschiedet.

Weitere ausgewählte Themen in diesem Sessionsbericht:

- Drogen
- Krankenkassen
- Ergänzungsleistungen
- Meine persönlichen Geschäfte

Wie immer empfehle ich Ihnen den ganzen Sessionsbericht zu lesen, denn es gibt noch viele weitere Themen.

Herzlichst Ihre

Yvonne Feri  
Nationalrätin SP/AG  
Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz



28.09.2018

Aus dem Nationalrat

Bericht aus der Session

Nummer 28

Rückblick auf die  
Herbstsession...

**DROGEN:** Wissenschaftliche Studien zu Cannabis sollen nach Ansicht des Nationalrats nun doch erlaubt werden. Die grosse Kammer hat vier gleichlautende Vorstösse für eine Lockerung im Umgang mit Cannabis am Mittwoch mit 98 zu 92 Stimmen bei 2 Enthaltungen knapp angenommen. Damit vollzog der Nationalrat eine Kehrtwende. Noch im Juni hatte der Rat eine gleichlautende Motion knapp abgelehnt. Die Vorstösse verlangen, dass ein Experimentierartikel im Betäubungsmittelgesetz verankert wird, um Versuche zur regulierten Abgabe von Cannabis zu ermöglichen. Die Motionäre versprechen sich davon wertvolle Impulse für die Bewältigung der Probleme im Umgang mit Cannabis. Der Bundesrat hat bereits eine Gesetzesänderung angestossen.  
*Kommentar: Ich bin froh, kommen wir bei diesem Thema nun einen Schritt vorwärts. Das Stimmverhalten und der knappe Ausgang zeigen aber, dass es kein einfacher Weg wird.*

**MEINUNGSFREIHEIT:** Ein politischer Auftritt eines ausländischen Redners soll hierzulande wieder bewilligungspflichtig werden. Das verlangt der Nationalrat. Er unterstützte eine Motion von Daniel Fässler (CVP/AI) knapp mit 90 zu 85 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Nach Ansicht des Motionärs hat sich die frühere Bewilligungspflicht bewährt. Er verwies auf den umstrittenen Auftritt des türkischen Staatspräsidenten Erdogan im Juli 2016. Die Schweiz tue gut daran, für ähnliche Situationen vorzusorgen. Der Bundesrat erachtet eine Bewilligungspflicht als unverhältnismässig und verfassungswidrig.

*Kommentar: Unsere Fraktion hat die Motion abgelehnt, ich aber habe mich der Stimme enthalten. Denn ich sehe es durchaus auch als positiv an, wenn wir eine Bewilligung erteilen müssen. Denn politische Kundgebungen, resp. Demonstrationen, sind bekanntlich auch bewilligungspflichtig. Ich habe mich für eine Enthaltung entschieden, weil ich mich nicht gegen die Fraktion stellen wollte und weil ich gerne zuerst die Bestimmungen für die Ausführung kennen möchte, bevor ich mich definitiv entscheide.*

**KRANKENKASSEN:** Wer seine Krankenkassenprämien nicht bezahlt hat, wird in manchen Kantonen nur in Notfällen medizinisch versorgt. Nun sollen die Kantone die Notfallbehandlungen umschreiben müssen. Das fordert der Nationalrat. Er hat eine Motion seiner Gesundheitskommission stillschweigend angenommen. Bea Heim (SP/SO) wies im Namen der Kommission darauf hin, dass es bereits einen Todesfall wegen unterlassener Hilfe gegeben habe. Kantone mit schwarzen Listen säumiger Prämienzahler müssten den Notfallbegriff umschreiben und so Klarheit schaffen. Bei der Definition sollen sich die Kantone am Urteil des Versicherungsgerichts St. Gallen orientieren. Dieses fasst die Definition einer Notfallbehandlung wesentlich weiter als manche Krankenkassen. Nun ist der Ständerat an der Reihe.

*Kommentar: Die schwarzen Listen sind auch im Aargau ein aktuelles Thema. Gemäss Regierungsrätin Roth sind die erwarteten Spareffekte nicht eingetroffen und sie überlegt sich, ob der Nutzen*



*im Verhältnis zum Aufwand überhaupt noch gegeben ist. Durch die Überweisung der Motion haben wir nun die nötige Möglichkeit zu klären, was im Notfallbegriff enthalten ist.*

**LABOR:** Die Tarifpartner sollen künftig auch die Tarife von medizinischen Laboranalysen verhandeln. Das verlangt das Parlament. Der Nationalrat hat eine Motion aus dem Ständerat angenommen. Ziel ist es, dass innovative Laboranalysen rascher vergütet werden können. Die Räte sind der Meinung, dass die Genehmigung des Tarifs durch das Innendepartement EDI zu lange dauert. Gesundheitsminister Alain Berset zeigte sich vom Gegenteil überzeugt. Das Resultat werde Blockade und Stillstand sein, warnte er. Er erinnerte an die gescheiterten Verhandlungen über den Ärztetarif Tarmed. Am Ende musste der Bundesrat entscheiden.

*Kommentar: Bei diesem Geschäft habe ich die Minderheit, also die Meinung des Bundesrates, vertreten. Leider erfolglos. Ich bin nun gespannt, wann die entsprechenden Anpassungen vorliegen werden und ob der Effekt dann tatsächlich so positiv sein wird, wie uns das versprochen wurde.*

**PFLGEMATERIAL:** Wegen eines Entscheids des Bundesverwaltungsgerichts müssen Krankenkassen Pflegematerial wie Wundverbände oder Spritzen nicht mehr separat vergüten. Die Kosten bleiben an Pflegeheimen, Spitexorganisationen und letztlich an Kantonen oder Gemeinden hängen. Die Gesundheitskommission des Nationalrats verlangt mit einer Motion, dass das Pflegematerial wieder von den Krankenkassen vergütet wird. Der Bundesrat sei dagegen, dass Pflegematerial separat abgerechnet werde, sagte Gesundheitsminister Alain Berset. Er lehnte die Motion daher ab. Der Nationalrat nahm diese allerdings einstimmig an. Der Ständerat hatte am Vortag eine entsprechende Motion zur Vorprüfung an eine Kommission geschickt.

*Kommentar: Hier brauchen wir dringend eine Klärung, da viele Institutionen unter diesem Umstand leiden.*

**HÄUSLICHE GEWALT:** Das Parlament will Opfer von häuslicher Gewalt und Stalking besser schützen. Nach dem Ständerat hat am Dienstag auch der Nationalrat einem Gesetzesprojekt zugestimmt. Die Vorlage sei ein wichtiger Schritt für den besseren Schutz von Gewaltopfern, betonte Viola Amherd (CVP/VS). Ziel ist es, Kontakt- und Rayonverbote besser durchzusetzen. Gerichte sollen anordnen können, dass Stalker eine elektronische Fussfessel tragen. Zudem sollen weniger Strafverfahren im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt eingestellt werden. Ob ein Verfahren fortgeführt wird, soll nicht mehr allein von der Willensäußerung des Opfers abhängen. Weil der Nationalrat bei den Gerichtskosten eine Differenz schuf, geht das Geschäft nochmals in den Ständerat.

*Kommentar: Die geschlossene SVP hat das Gesetz abgelehnt. Es ist für mich unglaublich, dass diese ParlamentarierInnen die Missstände nicht zur Kenntnis nehmen. Ich bin deshalb dankbar, dass Anliegen von mir, welche ich mittels Vorstössen in den letzten Jahren eingebracht habe, nun umgesetzt werden.*

**FRAUENHÄUSER:** Der Nationalrat will keine Anschubfinanzierung für Frauenhäuser, wie sie für Kitas existiert. Er hat eine Motion von Yvonne Feri (SP/AG) mit 122 zu 56 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Feri stellte fest, Frauen-, Mädchen- und Männerhäuser leisteten einen wertvollen Beitrag. Sie böten bei akuten Gewaltsituationen sofortigen Schutz, Unterkunft und Beratung. Oft fehle es aber an Ressourcen. Viele Politikerinnen und Politiker hätten sich in letzter Zeit zu Gewalt geäußert, sagte Feri. Nun könnten sie handeln. Aus Sicht des Bundesrates besteht keine akute Unterversorgung.

*Kommentar: Ich teile die Ansicht des Bundesrates nicht, dass es keine akute Unterversorgung gibt. Die Frauenhäuser zeigen eine andere Realität. Schade diese Ablehnung, wir haben hier eine Chance verpasst. Ich hoffe nun, dass die Istanbul-Konvention für die Schutzhäuser Verbesserungen bringen wird.*



**SEXUALSTRAFTATEN:** Täter und Täterinnen sollen künftig auch dann wegen Vergewaltigung verurteilt werden können, wenn das Opfer männlich ist. Der Nationalrat hat eine Motion von Laurence Fehlmann Rielle (SP/GE) angenommen. Das Strafgesetzbuch definiert Vergewaltigung heute als Nötigung einer weiblichen Person zur Duldung des Beischlafs. Deshalb sind Verurteilungen wegen Vergewaltigung nur möglich, wenn die handelnde Person ein Mann und das Opfer

eine Frau ist. Der Bundesrat hat das Anliegen bereits in einer Gesetzesrevision aufgenommen.

*Kommentar: Ein guter Schritt! Es ist voll und ganz im Sinne der Gleichstellung, dass wir auch dort Ergänzungen vornehmen, wo es um die Belange der Männer geht.*

## Gewalt ist die letzte Zuflucht der Unfähigen.

Isaac Asimov

### ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN:

Beim grössten Zankapfel der EL-Reform hat der Nationalrat am Montag eingelenkt. Die Ansätze für die Mieten werden substanziell erhöht. Die meisten EL-Bezügerinnen und EL-Bezüger können damit ihre Kosten decken. Die geltenden Ansätze stammen aus dem Jahr 2000. Hart geblieben ist der Nationalrat beim Lebensbedarf für Kinder. Dieser soll für kleinere Kinder gekürzt werden, ausserdem gibt es nur für das erste Kind den vollen Ansatz. An der Vermögenschwelle von 100'000 Franken hat der Ständerat festgehalten. Hingegen ist er auf den Entscheid zurückgekommen, dass nur EL erhält, wer zuvor zehn Jahre lang in die AHV eingezahlt hat. Die EL-Reform geht nun wieder an den Ständerat.

*Kommentar: Sparen auf dem Buckel der Ärmsten. Für solche Entscheidungen fehlt mir das Verständnis.*

### **Persönliche Vorstösse und Geschäfte in der Herbstsession:**

- [18.3516](#) Umsetzung der EDA-Strategie zur Geschlechtergleichstellung und Frauenrechten (Interpellation)
- [18.3754](#) Agenda 2030. Kinder- und Frauenrechte (Interpellation)
- [18.3879](#) Zugang zum Justizsystem – insbesondere für Kinder (Interpellation)
- [18.3880](#) Armutsmonitoring (Motion)
- [18.3881](#) Gewalt gegen Frauen (Interpellation)
- [18.5446](#) Arbeitslosenzahlen nach ILO-Statistik ausweisen (Fragestunde)